

**Rede des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Kreistag Heinsberg
zum Entwurf des Haushaltsplans 2017**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

nach der Sitzung des Finanzausschusses vor zwei Wochen war in der Presse zu lesen, die Zustimmung zum Entwurf des Kreishaushaltes sei „Formsache“. Mit Blick auf das Abstimmungsergebnis im Ausschuss sowie auf die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag mag das richtig sein. Selbstverständlich ist die Zustimmung jeder einzelnen Fraktion aber keine Formsache. Jedenfalls in der SPD-Fraktion ist das Abstimmungsverhalten immer das Ergebnis einer politischen Bewertung.

Ich nehme das Ergebnis dieser Bewertung vorweg: Die SPD-Fraktion wird heute gegen den vorgelegten Haushaltsentwurf stimmen.

Sehr geehrter Herr Schmitz, als neuer Kämmerer des Kreises Heinsberg haben Sie mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihren ersten Haushaltsentwurf vorgelegt, der handwerklich von der gewohnt guten Qualität ist, die wir von Ihrem Vorgänger kannten. Dafür, und auch für Ihre Bereitschaft, alle unsere Fragen offen zu beantworten, sage ich im Namen der SPD-Fraktion herzlichen Dank.

Wir danken Ihnen auch für die sachliche Darstellung der Abrechnung flüchtlingsbedingter Aufwendungen mit dem Land. Sie machten deutlich, dass das Land seine Zusagen eingehalten hat. Damit unterscheiden Sie sich deutlich von dem einen oder anderen Bürgermeister oder Amtskollegen in den Kommunen des Kreises.

Dass wir dem Haushaltsentwurf heute nicht zustimmen können, hängt nicht mit dem Zahlenwerk als solchem zusammen, sondern ist – wie bereits gesagt – dass Ergebnis einer politischen Bewertung.

Zunächst möchte ich einen Blick auf die Zahlen richten:

Der Kreis und die Kommunen erhalten – wieder einmal – Rekordsummen vom Land! Der Kreis erhält Schlüsselzuweisungen in Höhe von gut 38,3 Mio. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Verbesserung von etwa 1,1 Mio. € bzw. 3 %. Die Zuweisungen für die Kommunen des Kreises steigen sogar um über 6 %.

Auch im Bereich der Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen lässt die Landesregierung die Kommunen nicht im Stich: die Kommunen erhalten 2,8 Milliarden Euro. Vom Bund erhält das Land 1,8 Mrd. €. Damit zahlt das Land 1 Mrd. € mehr an die Kommunen als es vom Bund erhält. Der Vorwurf, das Land würde Gelder des Bundes einbehalten, hält also nicht Stand. Insgesamt schüttet das Land im kommenden Jahr 25 Milliarden Euro an die Kommunen aus – auch das ist eine Rekordsumme!

Ein gutes Projekt des Landes in Kooperation mit der NRW.BANK ist „Gute Schule 2020“. Als Schulträger haben wir hierdurch die Möglichkeit, notwendige Maßnahmen zu finanzieren, die über die Sanierung der Gebäude hinausgehen und für die die Schulträger eigentlich alleine zuständig und in der Finanzierungsverantwortung wären. Förderungsfähig sind nämlich auch Maßnahmen zur Verbesserung der digitalen Infrastruktur und die Ausstattung von Schulen. Wir begrüßen es, dass sich der Kreis an diesem Landesprogramm beteiligt.

Nach dem Haushaltsentwurf belastet der Kreis seine Kommunen mit einer gestiegenen Kreisumlage. Nur durch eine erneute Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von diesmal 2,7 Mio. € bleibt die Kreisumlage auf 127 Mio. €, die von den Kommunen geschultert werden muss, begrenzt.

Der Haushaltsausgleich wird somit – erneut – nur durch die teilweise Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage erreicht. Seit 2013 ist der Kreishaushalt

strukturell unausgeglichen. Durch den mittlerweile regelmäßigen Griff in die Rücklage ist diese seitdem von 21,9 Mio. Euro auf 8,3 Mio. Euro gesunken.

Hier setzt unsere Kritik an: Es ist offensichtlich, dass diese Möglichkeit des Haushaltsausgleichs nicht dauerhaft besteht und der Finanzbedarf des Kreises dann voll auf die Kreisumlage und damit auf unsere Städte und Gemeinden durchschlagen wird. Die Situation würde sich sogar noch verschärfen, wenn der vom Kämmerer prognostizierte erhebliche Anstieg der Landschaftsumlage Realität wird. Trotz dieser bedrohlichen Situation enthält der Haushaltsentwurf keinerlei Hinweise, wie ein Haushaltsausgleich in der Zukunft ohne erhebliche Belastungen der Städte und Gemeinden unseres Kreises sichergestellt werden soll.

Stattdessen hörten wir vage Hinweise in der Einbringungsrede: Herr Schmitz, Sie haben dort hier und da angedeutet, dass wir künftig mehr sparen müssen. Beispielhaft sind Sätze wie: „Wenn es keine Verbesserungen von außen gibt, dann wird es meine Aufgabe sein, zusammen mit Ihnen und der Verwaltung, weitere Potenziale für den Kreishaushalt auszuloten“, oder „Bleibt die strukturelle Finanzierung [von Personal- und Aufgabenzuwächsen durch den, der sie veranlasst] aus, wird der Sparzwang im Kreishaushalt automatisch größer“, oder: „Ich habe vorhin kurz über mögliche Sparzwänge im Kreishaushalt gesprochen“.

Angesichts dieser Aussagen stellen sich zwei Fragen: An wen richten sich diese Mahnungen? Und warum, Herr Landrat, enthält denn der jetzt vorgelegte Haushaltsentwurf nicht bereits erforderliche Sparmaßnahmen, wenn sie denn möglich sind?

Im Gespräch des Landrates mit den Bürgermeistern im Rahmen des Benehmensverfahrens wurde die Schuld hierfür offenbar den politischen Gremien des Kreises in die Schuhe geschoben. Ich zitiere aus dem Schreiben der Bürgermeister, ich meine das Schreiben mit dem immer wieder eindrucksvollen Briefkopf mit den zehn Wappen. Dieses bezieht sich auf jenes Gespräch mit dem Landrat. Im Zusammenhang mit ausgebliebenen Sparanstrengungen wird dort ausgeführt: „Auch ist nachvollziehbar, dass die politischen Gremien mit ihren Vorstellungen deutlich Einfluss auf den Kreishaushalt nehmen.“

Das ist – gelinde gesagt – dreist. Anträge aus der SPD-Fraktion, die Geld gekostet hätten, waren ohnehin nicht mehrheitsfähig, so z. B. unser Antrag zur Einrichtung einer Verbraucherberatungsstelle. Das hätte tatsächlich den Kreishaushalt etwas belastet, aber im Gegenzug hätten die Menschen eine erhebliche Leistung erhalten, die heute landauf landab selbstverständlich zur Daseinsvorsorge gehört. Nein: ausgabenwirksame Anträge werden im Kreis Heinsberg bekanntlich in aller Regel nur dann beschlossen, wenn sie von der Mehrheitsfraktion kommen. Richtet sich der Vorwurf also gegen diese?

Oder war das Ganze nur eine Nebelbombe, um tatsächliche Verantwortlichkeiten zu verschleiern. Denn wesentlichen Anteil an den Kostensteigerungen hat erneut der Personalhaushalt. Ein politisches Gremium, das bei der Personalpolitik im Laufe eines Haushaltsjahres mitwirkt, also einen Personalausschuss, gibt es nicht. Die Personalpolitik liegt somit alleine in der Verantwortung des Landrates.

Bis Ende des Jahres 2017 soll die Mitarbeiterkapazität des Kreises – auf der Grundlage des Personalbestandes Ende 2012 – um mindestens 5 Prozent reduziert werden. So der Beschluss des Kreistages auf der Grundlage eines Antrages von CDU und FDP. Der Personalabbau sei beim Kreis beschlossene Sache, titelte damals die Heinsberger Zeitung. Es kam bekanntlich anders: die Zahl der Personalstellen ist seit 2012 von 773 um fast 17 Prozent auf 902 im Haushaltsentwurf 2017 gestiegen. Die Zahl der tatsächlich besetzten Stellen stieg seither von 686 um gut 9 Prozent auf 750 im Jahr 2016. Eine Anpassung der formulierten Zielgröße - also Reduzierung um 5 Prozent, hat es nie gegeben. Der Beschluss des Kreistages sieht nämlich im Punkt 9 vor, aus Anlass einer wesentlichen Änderung der Geschäftsgrundlage, insbesondere bei einer Änderung der Aufgaben der Kreisverwaltung, nach Vorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses und nach Befassung im Finanzausschuss terminunabhängig die Zielgröße anzupassen. Nichts dergleichen ist geschehen. Den Landrat hat das nie gestört, die damaligen Antragsteller offenbar auch nicht. Die Zielgröße wird stattdessen immerzu faktisch angepasst, mit jedem seitdem vorgelegten Haushalt und mit jeder Stellenneubesetzung nach dem Motto: die

Realität bestimmt im Nachhinein das Ziel. Es ist erstaunlich, wie wenig ernst die Mehrheitsfraktion in diesem Hause die von ihr selbst initiierten Beschlüsse nimmt.

Jetzt erfahren wir auf Nachfrage, dass eine Controllerin, nunmehr neun Monate nach ihrer Einstellung, noch nicht sprachfähig ist sondern sich noch im Hause sachkundig macht. Sie müsse erst ihre „Aufgaben, Mechanismen und Handlungsspielräume“ kennenlernen. Im nächsten Jahr, also fünf Jahre nach dem Controlling-Beschluss des Kreistages, beabsichtige man, ein Prozessregister zu erstellen und ein Prozessmanagement zu implementieren, wobei die Schulung der Führungskräfte eine bedeutende Rolle spielen werde.

Wenn die Redensart: „Als Tiger gesprungen, als Bettvorleger gelandet“ jemals eine Berechtigung hatte, dann sicherlich hier in diesem Hause.

Damit wir uns nicht missverstehen: die zusätzlichen Stellen haben nach unserer Auffassung überwiegend ihre Berechtigung. Zwar haben wir Zweifel, ob es für die Facebook-Seite im Geschäftsbereich des Landrates einer eigenen Stelle bedarf. Überwiegend sind die Stellenmehrungen jedoch wohlbegründet und auch nachvollziehbar. Sie sind aber eben nicht das Ergebnis einer vorausschauenden Personalplanung.

Ich kann mich noch gut an die Diskussion zum Controlling im Kreisausschuss und Kreistag erinnern. Die SPD-Fraktion und auch andere Fraktionen machten deutlich, dass eine willkürliche Zielgröße einem Controlling-Prozess nicht vorangestellt werden kann sondern Ergebnis eines solchen Prozessen sein muss. Die Freien Wähler beantragten seinerzeit folgerichtig, zunächst ein Personalentwicklungskonzept zu erarbeiten. Aber auch das wurde von der Mehrheitsfraktion abgelehnt.

Und damit komme ich wieder zum Beginn meiner Haushaltsrede zurück: Würde der im Jahr 2012 beschlossene Controlling-Prozess funktionieren, wäre der Kämmerer längst in der Lage, Sparvorschläge zu machen und nach Beschluss in den Gremien umzusetzen anstatt in kryptischen Sätzen anzukündigen, solche müssten nunmehr erarbeitet werden.

Der Entwurf des Haushalts für das Jahr 2017 ist der für das Jahr, indem der im Jahr 2012 angestoßene Prozess zu einem klar definierten Ziel hätte führen sollen. Das ist grandios gescheitert. Wie bereits erwähnt: die Mehrheit in diesem Hause scheint das nicht zu stören, uns aber schon. Der Haushalt für 2017 bleibt letztlich hinter den gesteckten Zielen zurück und ist auch nicht das Ergebnis des hier beschlossenen Prozesses. Deshalb lehnen wir den vorgelegten Entwurf ab.

In den ersten beiden Jahren dieser Legislaturperiode hat die SPD-Fraktion dem Haushalt des Kreises zugestimmt. In meiner Haushaltsrede hatte ich jeweils zuvor gleichwohl Kritik an der einen oder anderen Stelle des Entwurfs und an der Politik der Kreistagsmehrheit geübt. Heute soll es einmal umgekehrt sein: wir lehnen den Haushaltsentwurf ab, möchten aber auch deutlich machen, dass wir den Kreis in vielen Bereichen durchaus auf einem guten Weg sehen. Einige Beispiele hierfür möchte ich nennen.

Beginnen möchte ich mit der Schulpolitik. Es hat sich in diesem Bereich gezeigt, dass der Kreis die richtigen Weichen gestellt hat. Insbesondere mit Blick auf die Inklusion wurden durch gutes Zusammenwirken aller politischen Gremien gute Lösungen gefunden. Die Übernahme der Schulträgerschaft der Don Bosco/Mercatorschule hat sich als richtige Entscheidung erwiesen. Die Eltern der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben weiterhin eine gute Wahl. Sie können wählen, ob ihr Kind an einer Förderschule oder einer Regelschule gefördert wird.

Mit Blick auf den Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ zeigt sich, dass die kreiseigene Rurtalschule im 40. Jahre ihres Bestehens mehr denn je gebraucht wird. Entgegen aller Prognosen sind die Schülerzahlen hier in den letzten Jahren angestiegen. In enger Zusammenarbeit des Schulträgers und der Schule wurden hier dringend notwendige Baumaßnahmen geplant und die Haushaltsmittel bereitgestellt. Dies wurde durch alle Fraktionen mitgetragen.

Als Schulträger hat der Kreis daher ein großes Lob verdient. Vorbildlich kümmert er sich um alle seine Schulen, sorgt für eine gute Ausstattung und arbeitet eng mit den Schulen zusammen zum Wohle der Schülerinnen und Schüler.

Insbesondere auch die Bemühungen, alle Schulträger an einen runden Tisch zu bringen und sich über Entwicklungen in den Schulen auszutauschen, sind als sehr positiv zu bewerten. Auf diese Weise konnten auch die Vereinbarungen zur Weiterfortschreibung eines kreisweiten Gutachtens zur Schulentwicklungsplanung mit großer Zustimmung aller Beteiligten getroffen werden. Die Ergebnisse werden im nächsten Jahr zu diskutieren sein und führen hoffentlich zu ähnlich produktiven Ergebnissen, wie es das erste Gutachten getan hat. Wenn der gute kommunikative und kooperative Weg hier beibehalten wird, lässt sich hoffen, dass hier weitere Weichenstellungen für den Kreis Heinsberg getroffen werden.

Ein wichtiges Thema für das kommende Jahr wird aus unserer Sicht der Wohnungsbau im Kreis Heinsberg sein. Meine Fraktion hat sich gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen und den Freien Wählern auf den Weg gemacht, eine aktivere Rolle des Kreises und der Kommunen in diesem Bereich einzufordern und die Chancen einer Wohnungsbaugesellschaft in kommunaler Trägerschaft, wie sie anderswo erfolgreich arbeiten, zu prüfen. In die gleiche Richtung laufen Diskussionen im Beirat für Generationenfragen. Herr Landrat, wir begrüßen es ausdrücklich, dass Sie für das kommende Jahr eine entsprechende Untersuchung in Aussicht gestellt haben. Wir wünschen uns in diesem Hause eine breite Mehrheit für ein solches Vorhaben und haben daher bewusst auf eine eigene Antragstellung verzichtet. Schließlich wissen wir, dass es bei dem einen oder anderen, ich nenne es mal „emotionale Schwierigkeiten“ mit guten Anträgen aus den Oppositionsfraktionen gibt.

Ich finde, damit ist mir auch eine gute Überleitung zum Thema „Förderung des Ehrenamtes“ gelungen. Mit großem Erstaunen haben wir im Kreisausschuss das Feuerwerk an Vorschlägen zur Kenntnis nehmen können, darunter auch Vergünstigungen bei der Nutzung von Kreiseinrichtungen. Herr Landrat, Sie haben jetzt die Aufgabe, für das vorgeschlagene Maßnahmenpaket ein schönes, griffiges Wort zu finden, das nicht „Ehrenamtspass“ heißt. Wir sind auf Ihre Kreativität sehr gespannt. Sei es drum: Besser spät, als nie. Jetzt muss nur noch die Mehrheitsfraktion ihre bisherige Blockadehaltung aufgeben. Die Unterstützung der Fraktionen, die die Förderung des Ehrenamtes in der Vergangenheit vergeblich

beantragt hatten, wird Ihnen sicher sein. Uns ist aber sehr wichtig, dass die vorliegenden Maßnahmen nicht auf den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz begrenzt bleiben, sondern alle im Kreis Heinsberg über einen längeren Zeitraum ehrenamtlich tätigen Menschen umfasst. Eine Zweiklassengesellschaft sollte es im Ehrenamt nicht geben.

Die Integration der Migrantinnen und Migranten war eine Herkulesaufgabe in den vergangenen Monaten und wird es bleiben. Viele ehrenamtlich engagierten Menschen im Kreis, Behörden aber auch unsere Volkshochschule haben hier hervorragendes geleistet. Es war wirklich toll, wie schnell sich die Anton-Heinen-Volkshochschule, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die veränderte Zuwanderungslage eingestellt haben. Die Volkshochschule wird ein wesentliches Instrument des Kreises bei der Bewältigung der Integrationsaufgaben bleiben. Ich wiederhole an dieser Stelle noch einmal meine bereits im Kuratorium gemachte Anregung, einen Fachbereich Integration bei der VHS einzurichten, indem alle Integrationsangebote zusammengefasst sind.

Für unsere traditionellen Weihnachtskarten haben wir in diesem Jahr ein Zitat des Wegbegleiters der französischen Revolution Jean-Jacques Rousseau gewählt: „Wollen wir in Frieden leben, muss der Friede aus uns selbst kommen“. Die Wahl für diese fundamentale Erkenntnis fiel vor dem fürchterlichen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in unserer Hauptstadt Berlin vor drei Tagen. Ich sehe unsere Freiheit, unsere Lebensart, unsere liberale Gesellschaftsordnung von zwei Seiten bedroht: Von religiösen Fundamentalisten, die sich aus religiösen Quellen nur die Aspekte herauspicken, die in ihr menschenverachtendes Weltbild passen um Terror und Gewalt zu rechtfertigen. Und von denjenigen, die Terror und Angst nutzen um ihre ebenfalls antiliberalen Gesinnung salonfähig zu machen. Letztere finden wir leider auch in unseren Parlamenten, auch in diesem Kreistag. Gegen Hass hilft jedoch kein Gegenhass. Jeder und jede einzelne ist aufgerufen, im respektvollen Umgang miteinander zu einer friedlichen Gesellschaft beizutragen. Diese universelle Wahrheit steckt in dem Satz Rousseaus.

In diesem Zusammenhang gibt es zu guter Letzt einen weiteren Punkt, bei dem - wie ich es formulierte - der Kreis auf einem guten Weg ist: Wir sind froh und dankbar,

dass der von uns im Kreisausschuss angeregte Informationstag unter dem Motto „Unser Kreis ist bunt, tolerant und friedlich - hier ist kein Platz für Rassismus und Rechtsextremismus“ im kommenden Jahr vom Bündnis gegen Rechts realisiert werden wird und bauen auf tatkräftige Unterstützung durch die Kreisverwaltung.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns hier in diesem Saal, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Verwaltung und allen Menschen im Kreis eine friedliche und besinnliche Weihnachtszeit, ein wenig Ruhe und Entspannung. Für das kommende Jahr wünsche ich Ihnen viel Glück, Erfolge und Gesundheit. Mögen all Ihre Wünsche - oder jedenfalls fast alle - und Vorsätze in Erfüllung gehen.